

# Die Akte Kretschmann, Winfried

**Geschichte** Auf fünfzig Seiten ist im Landesarchiv dokumentiert, wie sich der heutige Ministerpräsident einst gegen ein Berufsverbot wehrte. Gleichwohl ist die Aufarbeitung des Radikalenerlasses für ihn nicht dringlich – was Schicksalsgefährten enttäuscht. *Von Andreas Müller*

**D**rinnen im Stuttgarter Kunstgebäude, dem provisorischen Quartier des Landtags, verliefen die Fronten vorige Woche wie immer. Die Opposition kritisierte den Haushalt und den fehlenden Sparwillen der Regierung, der Ministerpräsident verteidigte das Zahlenwerk; gleichzeitig zu konsolidieren und zu investieren sei der richtige Kurs.

Draußen auf dem Schlossplatz, in Sichtweite des Eingangs zum Parlament, gab es zur gleichen Zeit ebenfalls Kritik an Winfried Kretschmann – aber von ungewohnter Seite. Anlässlich des internationalen Tags der Menschenrechte hatte die Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“ zur Kundgebung geladen. Gemeinsam mit Gewerkschaftsvertretern protestierten einst von Berufsverboten Betroffene, weil die grün-rote Koalition die alte Praxis nicht ernsthaft aufarbeite. In anderen Bundesländern wie Bremen und Niedersachsen werde über eine Rehabilitierung diskutiert, in Baden-Württemberg geschehe nichts.

Besonders enttäuscht zeigten sich die Redner vom grünen Regierungschef. „Unheimlich gefreut“ habe er sich über den Machtwechsel im Land, bekannte der Sprecher der Initiative, Klaus Lipps. Aber das sei vorbei, wegen Kretschmann: „Er will die eigene Vergangenheit nicht mehr wahrhaben.“ Ein Spitzenpolitiker, dem einst selbst ein Berufsverbot drohte, müsse für das Thema doch besonders sensibilisiert sein, hatten Lipps und seine Mitstreiter zunächst gedacht. Dass er in den

schen Hochschulgruppe immer noch nahe, bekräftigte er in der Anhörung. Ob dort „die Frage des Sturzes der Monopolherrschaft und Errichtung der Diktatur des Proletariats“ diskutiert worden sei, wisse er nicht mehr.

Das Kultusministerium entschied schließlich, dass Kretschmann zum Referendariat zugelassen werde – wohl auch unter dem Eindruck der breiten Unterstützung, die er in Hohenheim erhielt. Selbst die Welle der Solidarität wurde vom Verfassungsschutz penibel dokumentiert: ein „im Stadtgebiet von Stuttgart verbreitetes Plakat“ (Aufschrift: „Kretschmann von Berufsverbot bedroht“) übersandten die Schlapphüte ebenso ans Innenministerium wie „mehrere Druckschriften“ – darunter ein Flugblatt der Kommunistischen Hochschulgruppe. „Treffen soll es die, die wie WK offen die Verhältnisse anprangern“, hieß es darin, doch die wollten sich weiter „nicht das Maul verbieten lassen“.

Als Kretschmann nach der Referendarszeit Lehrer werden wollte, gab es erneut Probleme. Er habe im Wahlkampf 1976 an einer Veranstaltung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland teilgenommen, meldete der Verfassungsschutz ans Innenministerium; „die Frage des Oberschulamts nach weiteren gerichtsverwertbaren Tatsachen“ könne man „leider nicht positiver beantworten“. Mit einer Stellungnahme Kretschmanns von 1977, die sich offenbar nicht in den Archiven befindet, wurden „die Zweifel an seiner Verfassungstreue ausgeräumt“; nach einem Intermezzo

## Lang e Entspa

**Nachbarn** Die Annäherung an USA und Kuba ist für ein Ereignis. *Von Ch...*

**D**ie Amtszeit taugt bislang als Geschichtsbüchlein des Lobes zu füllen dem US-Präsidenten die Glanzpunkte zu setzen. Die Annäherung mit dem r... len Kuba gerade recht zu überzeugen, dass der Preis doch nicht zu hoch ist. Die Dauerblockade der Nachbarn gehört zu den von den UN mit am meisten... nen wurde. Eine Norm... sehr speziellen Nachbarn ist fürwahr ein historisches Ereignis, das der Welt gefallen wird. Der Opposition mächtig.

Der erste Schritt ist noch sehr viele weitere beiden ehemaligen... sie alleine gehen. Für... fahren dabei übersch... rung hingegen hat vie... revolutionäre halten sie... Jahrzehnten im Amt, die Möglichkeit auf der Inse... der USA begründet w... fallen, fehlt ein wicht... dament der Begründung. Bausteine werden auf... mehr überstehen: die... heute 88 und 83 Jahre...

## Verquer

**Verkehr** Es gibt be...

# Die Akte Kretschmann, Winfried

**Geschichte** Auf fünfzig Seiten ist im Landesarchiv dokumentiert, wie sich der heutige Ministerpräsident einst Gleichwohl ist die Aufarbeitung des Radikalenerlasses für ihn nicht dringlich – was Schicksalsgefährten entt

**D**rinnen im Stuttgarter Kunstgebäude, dem provisorischen Quartier des Landtags, verliefen die Fronten vorige Woche wie immer. Die Opposition kritisierte den Haushalt und den fehlenden Sparwillen der Regierung, der Ministerpräsident verteidigte das Zahlenwerk; gleichzeitig zu konsolidieren und zu investieren sei der richtige Kurs.

Draußen auf dem Schlossplatz, in Sichtweite des Eingangs zum Parlament, gab es zur gleichen Zeit ebenfalls Kritik an Winfried Kretschmann – aber von ungewohnter Seite. Anlässlich des internationalen Tags der Menschenrechte hatte die Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“ zur Kundgebung geladen. Gemeinsam mit Gewerkschaftsvertretern protestierten einst von Berufsverboten Betroffene, weil die grün-rote Koalition die alte Praxis nicht ernsthaft aufarbeite. In anderen Bundesländern wie Bremen und Niedersachsen werde über eine Rehabilitation diskutiert, in Baden-Württemberg geschehe nichts.

Besonders enttäuscht zeigten sich die Redner vom grünen Regierungschef. „Unheimlich gefreut“ habe er sich über den Machtwechsel im Land, bekannte der Sprecher der Initiative, Klaus Lipps. Aber das sei vorbei, wegen Kretschmann: „Er will die eigene Vergangenheit nicht mehr wahrhaben.“ Ein Spitzenpolitiker, dem einst selbst ein Berufsverbot drohte, müsse für das Thema doch besonders sensibilisiert sein, hatten Lipps und seine Mitstreiter zunächst gedacht. Dass er in den siebziger Jahren doch noch Referendar und Lehrer werden konnte, verdanke er schließlich auch der Solidarität seiner Unterstützer von damals; denen sei er „einiges schuldig“.

Doch Kretschmann wolle von dieser Verpflichtung nichts wissen, bedauerte Lipps: Außer dem Satz, er wolle „auch keine Kommunisten im Schuldienst“, höre man von ihm wenig. Wiederholt habe die Initiative ihn angeschrieben, aber nur einmal eine ausweichende Antwort bekommen. Es gebe ja „keine Dokumente mehr“, laute die Ausrufe dafür, dass eine Überprüfung von Einzelfällen angeblich nicht mehr möglich sei. „Wir haben Dokumente“, empörte sich Lipps unter dem Beifall der etwa fünfzig meist älteren Demonstranten, die in der Kälte bibberten: „Vorladungen, Widersprüche, Klagen, Urteile.“

Wenige Wochen zuvor hatte auch der Ministerpräsident erfahren, dass es sehr wohl Dokumente gibt – auch über seinen Fall. Da bekam er erstmals die 1978 geschlossene Akte „Kretschmann, Winfried, Echterdingen“ auf dem Tisch, die seit Jahrzehnten im Landesarchiv liegt. Anlass wa-

## Winfried Kretschmann

ehemaliger  
ASTA -  
Vorsitzender



vom

## BERUFESVERBOT

bedroht!

### Solidaritätsveranstaltung

• Referate von: Winfried Kretschmann,  
der Initiative gg B.V., dem Aktionskreis gg B.V.  
— Asta der UNI-Hohenheim

5. 11., 19<sup>00</sup> Uhr/Uni Hohenheim, HS4  
Veranstalter: Asta UNI-Hohenheim/Initiative gg Berufsverbote.

*Vom Verfassungsschutz 1975  
sichergestellt: Plakat von  
Kretschmann-Unterstützern  
Vorlage: Hauptstaatsarchiv Stuttgart*

amtliche Schriftstücke vor allem des Landesamtes für Verfassungsschutz, des Oberschulamts Stuttgart und des Landesinnenministeriums, andererseits vom Verfassungsschutz gesammelte Flugblätter, Einladungen und Plakate der Unterstützer von Kretschmann sowie Infoblätter von Studentenvertretern der Universität Hohenheim, oft erkennbar per Durchschlag ver-

det; beigelegt waren Auszüge mit den Wahlergebnissen des Asta-Vorsitzenden.

Seine Phase in den „linksradikalen K-Gruppen“, die sich gen Peking orientierten, nennt Kretschmann heute einen „fundamentalen politischen Irrtum“. Schon damals wandte er sich bald wieder von der KHG ab, weil ihm Ziel und Methoden „nicht genügend wissenschaftlich durchdacht“ erschienen. So sagte er es ausweislich des Protokolls 1975 bei einer Anhörung im Oberschulamt. Zu dem Termin hatte er, voller Empörung, eine geharnischte Stellungnahme verfasst. Nur weil er sich an der Hochschule politisch betätigt habe, solle

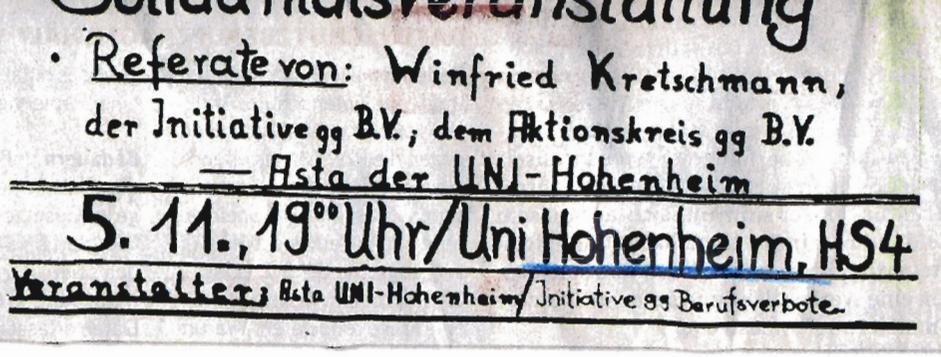
sein, hatten Lipps und seine Mitstreiter zunächst gedacht. Dass er in den siebziger Jahren doch noch Referendar und Lehrer werden konnte, verdanke er schließlich auch der Solidarität seiner Unterstützer von damals; denen sei er „einiges schuldig“.

Doch Kretschmann wolle von dieser Verpflichtung nichts wissen, bedauerte Lipps: Außer dem Satz, er wolle „auch keine Kommunisten im Schuldienst“, höre man von ihm wenig. Wiederholt habe die Initiative ihn angeschrieben, aber nur einmal eine ausweichende Antwort bekommen. Es gebe ja „keine Dokumente mehr“, laute die Aussage dafür, dass eine Überprüfung von Einzelfällen angeblich nicht mehr möglich sei. „Wir haben Dokumente“, empörte sich Lipps unter dem Beifall der etwa fünfzig meist älteren Demonstranten, die in der Kälte bibberten: „Vorladungen, Widersprüche, Klagen, Urteile.“

Wenige Wochen zuvor hatte auch der Ministerpräsident erfahren, dass es sehr wohl Dokumente gibt – auch über seinen Fall. Da bekam er erstmals die 1978 geschlossene Akte „Kretschmann, Winfried, Echterdingen“ auf dem Tisch, die seit Jahrzehnten im Landesarchiv liegt. Anlass waren Recherchen der Stuttgarter Zeitung zum Radikalenerlass. Man verwahre „knapp fünf Regalmeter Einzelfallakten“, die sich „mit der Verfassungstreue von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes und deren politischer Betätigung“ befassen, hatte ein Archivsprecher mitgeteilt. Verzeichnet seien etwa 2000 Namen, darunter auch der des heutigen Regierungschefs; während zu den meisten Fällen nur wenige

Blätter vorlägen, sei dessen Akte etwas dicker, aber keineswegs die umfangreichste. Einsicht könne das Archiv vor Ablauf der üblichen Sperrfristen – bei personenbezogenen Unterlagen zehn Jahre nach dem Tod – nur gewähren, wenn Kretschmann zustimme. Der Premier ließ die Unterlagen sichten und gab der StZ dann sein Plazet; es handele sich schließlich um ein „Zeugnis der Zeitgeschichte“.

Die Akte Kretschmann, Winfried – das sind gut fünfzig Seiten, ganz überwiegend mit Schreibmaschine getippt, nur vereinzelte von Hand geschrieben oder mit Zeichnungen versehen. Sie umfasst einerseits



Vom Verfassungsschutz 1975 sichergestellt: Plakat von Kretschmann-Unterstützern  
Vorlage: Hauptstaatsarchiv Stuttgart

amtliche Schriftstücke vor allem des Landesamtes für Verfassungsschutz, des Oberschulamts Stuttgart und des Landesinnenministeriums, andererseits vom Verfassungsschutz gesammelte Flugblätter, Einladungen und Plakate der Unterstützer von Kretschmann sowie Infoblätter von Studentenvertretern der Universität Hohenheim, oft erkennbar per Durchschlag vervielfältigt. An die dortige Hochschule war der gebürtige Spaichinger (Jahrgang 1948) im Jahr 1970 nach der Grundschulzeit in

Zweifalten, Internatsjahren in Riedlingen und dem Abitur in Sigmaringen gekommen, um Biologie und Chemie zu studieren. Lehrer wollte er werden, wie schon sein Vater.

Die Probleme begannen nach dem ersten Staatsexamen 1975 – da setzt auch die Akte ein. Einen Tag vor der ge-

planten Vereidigung teilte das Oberschulamt dem damals 27-Jährigen überraschend mit, dass er nicht zum Referendariat zugelassen werden könne. Grund: die Überprüfung gemäß dem „Radikalenerlass“ sei noch nicht abgeschlossen. Damals erfuhr Kretschmann erstmals, was die Zweifel an seiner Verfassungstreue begründete: Zwei Kandidaturen zum Studentenkonvent, 1972 für die „Kommunistische Studentengruppe / Marxisten-Leninisten“ und 1973 auf der Plattform des „Sozialistischen Zentrums“ und der „Kommunistischen Hochschulgruppe“ (KHG), hatte der Verfassungsschutz dem Oberschulamt gemel-

det; beigelegt waren Auszüge mit den Wahlergebnissen des Asta-Vorsitzenden.

Seine Phase in den „linksradikalen K-Gruppen“, die sich gen Peking orientierten, nennt Kretschmann heute einen „fundamentalen politischen Irrtum“. Schon damals wandte er sich bald wieder von der KHG ab, weil ihm Ziel und Methoden „nicht genügend wissenschaftlich durchdacht“ erschienen. So sagte er es ausweislich des Protokolls 1975 bei einer Anhörung im Oberschulamt. Zu dem Termin hatte er, voller Empörung, eine geharnischte Stellungnahme verfasst. Nur weil er sich an der Hochschule politisch betätigt habe, solle er seine Ausbildung nicht beenden dürfen? „Wenn dies ein Hinderungsgrund ist“, solle das Kultusministerium dies „deutlich und unmissverständlich erklären“. Er habe seine politischen Vorstellungen „jederzeit . . . öffentlich dargelegt und vertreten“, der Staat dagegen verschaffe sich angebliche „Erkenntnisse“ auf Wegen, die „weder durchschaubar noch kontrollierbar“ seien. „Darüber möchte ich mein äußerstes Befremden ausdrücken“, protestierte Kretschmann schriftlich.

Inhaltlich nahm er von seiner Kritik nichts zurück. Seit seinem Engagement an der Hochschule sei die wirtschaftliche Situation der Studenten sogar noch schwieriger geworden, vor allem jener aus kleinen Verhältnissen. Die Antworten der Politik auf die damalige Wirtschaftskrise träfen „ausschließlich die besitzlosen Klassen“, den „Kapitalisten“ hingegen werde „durch das sogenannte Konjunkturprogramm eine Milliarde nach der anderen zugeschoben“. „Die Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert“, bilanzierte Kretschmann seine politische Tätigkeit an der Uni, „und ich nicht meine Ansicht über sie.“ „Von der Gesinnung her“ stehe er der Kommunisti-

zweifel an seiner Verfassungstreue ausgeräumt“; nach einem Intermezzo an einer privaten Kosmetikschule kam er doch noch in den staatlichen Schuldienst. Heute sagt er von sich gerne, er sei ein „staatlich geprüfter Verfassungsfreund“.

Angesichts dieser persönlichen Erfahrung hätte man erwartet, dass sich Kretschmann „an die Spitze der Aufarbeitung setzt“, hieß es bei der Kundgebung vorige Woche in Stuttgart. Andere Betroffene des Radikalenerlasses litten schließlich bis heute darunter, hätten dauerhaft „Berufs- und Lebenschancen“ eingebüßt, samt finanziellen Nachteilen bei der Pension, monierte die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Doro Moritz. Bei einer GEW-Versammlung erhielt der Grünen-Premier 2012 als Mahnung eine „Duckmaus“, das Symbol der Bewegung gegen Berufsverbote.

Immer wieder erreichen ihn Briefe von Schicksalsgefährten, die eine kritische Aufarbeitung verlangen. Mit den – teils mehrfach angemahnten – Antworten sind diese selten zufrieden: „Angreifbar“ sei die frühere Praxis, heißt es darin, der Staat dürfe „keine Gesinnungsschnüffelei betreiben“. Staatsfeinde hätten im Staatsdienst auch heute nichts zu suchen, aber die Überprüfung müsse „transparent und fair“ sein. Schon vor zwei Jahren, zum 40. Jahrestag des Radikalenerlasses, hatte Kretschmann angekündigt, man wolle die Praxis im Land „wissenschaftlich aufarbeiten“; ein geeignetes „Format“ werde noch gesucht. Gefunden ist es bis heute nicht. Diese Legislaturperiode geschehe nichts mehr, verlautet aus der Staatskanzlei, das Thema sei „forschungsintensiv und komplex“.

So sehr Kretschmann damit politische Anhänger enttäuscht, so wenig hat er vom politischen Gegner zu befürchten. Der Noch-CDU-Fraktionschef Peter Hauk schrieb 2013 an die GEW, angesichts des rechten Terrors wäre „eine Aufhebung des Radikalenerlasses zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches Signal an diese Kräfte“ – so, als bestünde er noch. Und der Noch-CDU-Landeschef Thomas Strobl warnte seine Partei kürzlich bei einer Regionalkonferenz davor, bei der Suche nach Angriffsflächen die Studentenzeit des Ministerpräsidenten ins Auge zu fassen: „Ich würde uns nicht raten, Kretschmann mit seiner kommunistischen Vergangenheit anzugehen.“

**Verkehr** Es gibt gegen die Pkw-Maut sie kaum schei-

Die Maut-Lösung des Ministers ist ein schwerer Rückschlag für die Bundesregierung. Die Mautpflicht ist ein Gegenzug eines Radikalenerlasses, so dass die Mautkosten für Ausländer nicht erhöht werden. Die Mautpflicht ist ein Gegenzug eines Radikalenerlasses, so dass die Mautkosten für Ausländer nicht erhöht werden.

Die Verkehrsministerin hat eine Untersuchung in Auftrag gegeben. Die Mautpflicht ist ein Gegenzug eines Radikalenerlasses, so dass die Mautkosten für Ausländer nicht erhöht werden.

Unter

Wenn

Der Satz „Wir sind nicht bereit“ hat eine wichtige Bedeutung für die deutsche Politik. Die Mautpflicht ist ein Gegenzug eines Radikalenerlasses, so dass die Mautkosten für Ausländer nicht erhöht werden.

wohl Dokumente gibt – auch über seinen Fall. Da bekam er erstmals die 1978 geschlossene Akte „Kretschmann, Winfried, Echterdingen“ auf dem Tisch, die seit Jahrzehnten im Landesarchiv liegt. Anlass waren Recherchen der Stuttgarter Zeitung zum Radikalenerlass. Man verwahre „knapp fünf Regalmeter Einzelfallakten“, die sich „mit der Verfassungstreue von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes und deren politischer Betätigung“ befassen, hatte ein Archivsprecher mitgeteilt. Verzeichnet seien etwa 2000 Namen, darunter auch der des heutigen Regierungschefs; während zu den meisten Fällen nur wenige Blätter vorlägen, sei dessen Akte etwas dicker, aber keineswegs die umfangreichste. Einsicht könne das Archiv vor Ablauf der üblichen Sperrfristen – bei personenbezogenen Unterlagen zehn Jahre nach dem Tod – nur gewähren, wenn Kretschmann zustimme. Der Premier ließ die Unterlagen sichten und gab der StZ dann sein Plazet; es handele sich schließlich um ein „Zeugnis der Zeitgeschichte“.

Die Akte Kretschmann, Winfried – das sind gut fünfzig Seiten, ganz überwiegend mit Schreibmaschine getippt, nur vereinzelte von Hand geschrieben oder mit Zeichnungen versehen. Sie umfasst einerseits

**„Die Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert und ich nicht meine Meinung über sie.“**

Aus einer Stellungnahme von Kretschmann 1975

sungsschutz gesammelte Flugblätter, Einladungen und Plakate der Unterstützer von Kretschmann sowie Infoblätter von Studentenvertretern der Universität Hohenheim, oft erkennbar per Durchschlag vervielfältigt. An die dortige Hochschule war der gebürtige Spaichinger (Jahrgang 1948) im Jahr 1970 nach der Grundschulzeit in Zwiefalten, Internatsjahren in Riedlingen und dem Abitur in Sigmaringen gekommen, um Biologie und Chemie zu studieren. Lehrer wollte er werden, wie schon sein Vater.

Die Probleme begannen nach dem ersten Staatsexamen 1975 – da setzt auch die Akte ein. Einen Tag vor der geplanten Vereidigung teilte das Oberschulamt dem damals 27-Jährigen überraschend mit, dass er nicht zum Referendariat zugelassen werden könne. Grund: die Überprüfung gemäß dem „Radikalenerlass“ sei noch nicht abgeschlossen. Damals erfuhr Kretschmann erstmals, was die Zweifel an seiner Verfassungstreue begründete: Zwei Kandidaturen zum Studentenkonvent, 1972 für die „Kommunistische Studentengruppe / Marxisten-Leninisten“ und 1973 auf der Plattform des „Sozialistischen Zentrums“ und der „Kommunistischen Hochschulgruppe“ (KHG), hatte der Verfassungsschutz dem Oberschulamt gemel-

te. Inhaltlich nahm er von seiner Kritik nichts zurück. Seit seinem Engagement an der Hochschule sei die wirtschaftliche Situation der Studenten sogar noch schwieriger geworden, vor allem jener aus kleinen Verhältnissen. Die Antworten der Politik auf die damalige Wirtschaftskrise träfen „ausschließlich die besitzlosen Klassen“, den „Kapitalisten“ hingegen werde „durch das sogenannte Konjunkturprogramm eine Milliarde nach der anderen zugeschoben“. „Die Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert“, bilanzierte Kretschmann seine politische Tätigkeit an der Uni, „und ich nicht meine Ansicht über sie.“ „Von der Gesinnung her“ stehe er der Kommunisti-

arbeitung verlangen. Mit den – teils mehrfach angemahnten – Antworten sind diese selten zufrieden: „Angreifbar“ sei die frühere Praxis, heißt es darin, der Staat dürfe „keine Gesinnungsschnüffelei betreiben“. Staatsfeinde hätten im Staatsdienst auch heute nichts zu suchen, aber die Überprüfung müsse „transparent und fair“ sein. Schon vor zwei Jahren, zum 40. Jahrestag des Radikalenerlasses, hatte Kretschmann angekündigt, man wolle die Praxis im Land „wissenschaftlich aufarbeiten“; ein geeignetes „Format“ werde noch gesucht. Gefunden ist es bis heute nicht. Diese Legislaturperiode geschehe nichts mehr, verlautet aus der Staatskanzlei, das Thema sei „forschungsintensiv und komplex“.

So sehr Kretschmann damit politische Anhänger enttäuscht, so wenig hat er vom politischen Gegner zu befürchten. Der Noch-CDU-Fraktionschef Peter Hauk schrieb 2013 an die GEW, angesichts des rechten Terrors wäre „eine Aufhebung des Radikalenerlasses zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches Signal an diese Kräfte“ – so, als bestünde er noch. Und der Noch-CDU-Landeschef Thomas Strobl warnte seine Partei kürzlich bei einer Regionalkonferenz davor, bei der Suche nach Angriffsflächen die Studentenzeit des Ministerpräsidenten ins Auge zu fassen: „Ich würde uns nicht raten, Kretschmann mit seiner kommunistischen Vergangenheit anzugehen.“

überzeugend. Ihn sind ebensoviele wie er. Auch er ist ein wenig Maut für diskriminierendes Verhalten. In der ähnlich systematischen Details der EU ist es schwierig. Die Kur in Brüssel Anstoß nicht der Größe des Strahls, sondern der Land sogar günstiger. Viele berechnete Maut nach dem Maastricht-Vertrag. Der Stand aus Brüssel ist ein Projekt aber kaum



„Duckmaus“ von der GEW für den Premier

Foto: www.berufsverbote.de

## DER RADIKALERLASS

**Regelung** Der Radikalenerlass wurde 1972 von Bundeskanzler Willy Brandt und den Länderregierungen beschlossen. Wer in den Staatsdienst wollte, musste danach jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Bewerber wurden in jedem Einzelfall geprüft. Mit dem „Schieß-Erlass“ – benannt nach dem damaligen Innenminister – wurde er ins Landesrecht übernommen.

**Rücknahme** Der Bund verzichtete bereits 1976 auf die sogenannte Regelnfrage, andere Länder folgten bald, der Südwesten erst 1991. Über die Zahl der Fälle gibt es nur Schätzungen, die Rede war stets von „mehreren Hundert“. Allein im Landesarchiv, sind, wie jetzt bekannt wurde, etwa 2000 Namen verzeichnet. *mül*



Betroffene demonstrieren vorige Woche vor dem Landtag.

Foto: StZ

Wenn m

Unte

Wenn m

Der Satz „W den!“ hat schichte e ser Anweisung ih benutzen die Der den Rückwärtsgar fenbecken oder d Leitplanken der war plötzlich voll

Jetzt feiert das tag. Mancher erin rende Stimme, die ren Tom-Tom-Sig spricht Ihr Kfz-l Stimme nahm der Geschichte von d sie sich immer w Mehrfrontenkrieg der Nachkriegsze beschilderten Ro jetzt mutig in jede Menschen ins All. Stimm-Wolken, a dringen wie: „... h Straße San Bened nale einbiegen. . . doch rechts . . . ab Und so weiter. B über die Reiseziel werden spazierer Kothaufen treten zeitig gewarnt hat